

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 59. Ratssitzung vom 21. August 2019

1559. 2018/329

Postulat von Marcel Bührig (Grüne) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 05.09.2018:

Digitale Veröffentlichung aller Beschlüsse des Stadtrats und der Schulpflege

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegzunehmen.

***Marcel Bührig (Grüne)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 332/2018): Das Handeln der Exekutive soll transparent und für die Bürgerinnen und Bürger jederzeit einfach nachvollziehbar sein. In der Stadt Zürich haben wir grundsätzlich zwei Exekutivbehörden, einerseits den Stadtrat, andererseits die Schulpflege. Diese Behörden fassen Beschlüsse mit Auswirkungen auf die Bevölkerung. Die Beschlüsse des Stadtrates werden seit einigen Jahren digital veröffentlicht. Ältere Beschlüsse können nicht abgerufen werden. Im heutigen Zeitalter ergibt es keinen Sinn, dass diese nicht ebenfalls online verfügbar sind. Die bereits digital vorhandenen oder digitalisierbaren Beschlüsse, die nicht aus guten Gründen geheim gehalten werden müssen, sollen nachträglich online gestellt werden. Uns ist klar, dass es keinen grossen Run auf diese Dokumente geben wird und das grösste Interesse wahrscheinlich aus diesem Saal kommt. Es interessieren sich aber auch immer wieder Menschen aus der Bevölkerung für ältere Beschlüsse, an die sie nur mühsam herankommen. Es wäre also ein Beitrag zur Verwirklichung des Öffentlichkeitsprinzips.*

***Roger Bartholdi (SVP)** begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 19. September 2018 gestellten Ablehnungsantrag: Grundsätzlich ist es gut, wenn Transparenz geschaffen und wenn dies digital erledigt werden kann. Auf den ersten Blick ist das Anliegen sympathisch. Bei genauerer Betrachtung muss man sich aber fragen, ob dafür wirklich ein Bedürfnis vorhanden ist. Sind tatsächlich Anfragen aus der Bevölkerung eingegangen? Wir haben in den Quartieren draussen von keinem solchen Bedarf gehört. Natürlich gibt es immer Personen, die am liebsten alles auf dem goldenen und silbernen Tablett serviert bekommen wollen. Dazu noch eine möglichst gute Suchmaske, damit man alle Geschäfte möglichst schnell findet. Es ist auch fraglich, was man mit dreissigjährigen Beschlüssen der Schulpflege anfängt, ausser in Erinnerungen an die eigene Schulzeit zu schwelgen. Es ist «nice to have», aber kostenmässig mit einem zu grossen Aufwand verbunden.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

***STP Corine Mauch:** Ich hoffe, dass ich den Ablehnungsantrag seitens SVP nicht als Desinteresse an der Arbeit des Stadtrats deuten muss. Das Postulat rennt beim Stadtrat offene Türen ein. Tatsächlich ist die digitale Veröffentlichung von früheren Beschlüssen*

schon in Planung. Wir sind überzeugt, dass diese Veröffentlichung die Transparenz erhöht und die Verwaltungstätigkeit des Stadtrats nachvollziehbar macht. Viele ältere Beschlüsse haben auch heute noch Gültigkeit, was weiter für die Veröffentlichung spricht. Eine solche allgemein zugängliche Publikation erhöht auch die Rechtssicherheit. Beschlüsse können in digitalisierter Form einfach recherchiert und gefunden werden. Dies dient allen. Zurzeit realisieren die Stadtkanzlei und das Stadtarchiv gemeinsam ein Projekt, im Rahmen dessen alle existierenden Geschäftsberichte der Stadt Zürich seit 1859 digitalisiert werden. Anfangs 2020 wird dies online gestellt. Aufgrund der Erfahrungen aus diesem Projekt wollen wir in einem nächsten Projekt die Veröffentlichung der früheren Stadtratsbeschlüsse anpacken. Es muss allerdings bei jedem Beschluss geprüft werden, ob er veröffentlicht werden darf oder ob überwiegende öffentliche oder private Interessen dagegensprechen. Bei den Beschlüssen ab dem Jahr 2010 ist diese Klassifizierung mit der Angabe des Status gemäss dem Gesetz über die Information und den Datenschutz (IDG) bereits vorgenommen worden. Der Stadtrat ist vor diesem Hintergrund bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Die Online-Publikation der Beschlüsse von 1998–2010 ist bereits in Planung.

Weitere Wortmeldungen:

Yasmine Bourgeois (FDP): *Wir wollen die Verwaltung nicht unnötig und aufwändig beschäftigen, deshalb haben wir eine Textänderung vorgeschlagen: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie alle Beschlüsse des Stadtrats und der Schulpflege ab Inkrafttreten des IDG online und digital verfügbar gemacht werden können, sofern keine rechtliche Geheimhaltungspflicht vorliegt oder ein überwiegendes privates oder öffentliches Interesse der Veröffentlichung entgegen steht.» Es würden also nicht die Beschlüsse seit 1998 veröffentlicht, sondern erst seit Inkrafttreten des IDG (2008). Dem würden wir zustimmen.*

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): *Ich beleuchte dieses Postulat aus Perspektive der Schule. Seit dem 1. Januar 2018 werden alle Beschlüsse der Schulpflege – der früheren Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz – digital veröffentlicht, sofern der Veröffentlichung rechtlich nichts im Wege steht. Unsere Schulpflege ist sehr aktiv. Im Jahr 2018 hat sie 144 Beschlüsse gefasst, wovon 104 online veröffentlicht sind. 2019 sind bis jetzt dreissig Beschlüsse online zugänglich. Als mir langweilig war, habe ich diese Beschlüsse angeschaut. Es sind in der Regel kurze, manchmal auch längere Dokumente in Form von Protokollauszügen. Es wird ein breites Spektrum von schulischen Themen behandelt, viel Relevantes. Ein paar Beispiele: «Festsetzung der Ressourcen für das Schuljahr 2019/2020 und Verteilung auf die Schulkreise», «Reglement über die Aufsicht über die Sonderschulen und gesamtstädtischen Therapien», «Pflichtenheft Schulleitungen der Volksschule Stadt Zürich», «Lehrplan 21: Änderungen der Lektionentafel und Auswirkungen auf die Unterrichtszeiten in der Schule», «Einsatz von Zivildienstleistenden an Regelschulen der Stadt Zürich», «Ausstieg der Schulen Kappeli Primar und Rebhügel 2 aus der Pilotphase II des Projekts Tagesschule 2025». Interessant, was man da alles vernimmt! Ich habe auch ein paar kuriose Beschlüsse gefunden: «Neukonzeption Kopflausbekämpfung in den Volksschulen Zürich» oder «Jährlicher Betriebsbeitrag Verein Schulkassen Zürich». Sie sehen, die Themen sind vielfältig. Einige Beschlüsse setzen*

3 / 3

wichtige Meilensteine in der Entwicklung der Volksschulen der Stadt Zürich. Es ist darum für die Menschen, die sich mit Schulentwicklung beschäftigen, wichtig, dass diese Beschlüsse online verfügbar sind. Das Problem ist, dass alle Beschlüsse, welche die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz vor dem 1. Januar 2018 gefasst hat, nicht online sind. Die meisten dieser Beschlüsse sind noch in Kraft und haben Auswirkungen auf die Volksschulen der Stadt Zürich. Auf der betreffenden Website steht: «Vor dem Jahr 2018 gefasste Beschlüsse können auf Gesuch öffentlich freigegeben werden, sofern dies im entsprechenden Beschluss vermerkt ist.» Diese Regelung ist für die interessierten Personen unbefriedigend, sie ist aufwändig und unpraktisch. Mit dem Postulat soll Transparenz geschaffen werden.

Nadia Huberson (SP): Dass alle Beschlüsse des Stadtrats und der Schulpflege für alle zugänglich sind, sollte selbstverständlich sein. Es spricht nichts gegen die Veröffentlichung, es geht ja nicht um Wortprotokolle, sondern nur um die Beschlüsse. Im Kanton Zürich gilt das Öffentlichkeitsprinzip, um Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu schaffen. Die SP-Fraktion stimmt dem Postulat deshalb zu.

Isabel Garcia (GLP): Selbstverständlich unterstützt die GLP dieses Postulat. Dies aus zwei Gründen. Erstens: die genannte Transparenz. Zweitens: Im Jahr 2019 ist das für eine Verwaltung selbstverständlich. Zwanzig Jahre sind zudem ein vernünftiger Zeitraum.

Marcel Bührig (Grüne): Die Textänderung nehmen wir nicht an.

Samuel Balsiger (SVP): Die GLP sagte vorhin bei den Parkplätzen, jeder kleine Faktor müsse umgesetzt werden, um die angebliche Klimakatastrophe zu verhindern. Was glauben Sie, was digitaler Speicherplatz an Energie benötigt? Demnach müssten Sie dieses Postulat auch ablehnen.

Das Postulat wird mit 76 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat